

KEIN POLIZEI GESETZ

Kein Polizeistaat • Kein Rechtsruck • Keine Ausbeutung

Das neue sächsische Polizeigesetz steht vor der Tür. Der deutsche Staat dreht die Schraube tiefer und weitet seine Zugriffrechte auf unser Leben massiv aus. Ihr vermeintlich schönes Grundgesetz scheint nicht zu gelten, gerade noch einen schlechten Witz wert zu sein. Gleichzeitig marschieren Faschisten durch die Städte und die neofaschistische Partei AfD macht sich im Parlament breit. Parallel dazu erreicht die Armut im Land und auf der Welt immer krassere Ausmaße. Menschen müssen vor den Zumutungen des globalen

Kapitalismus aus ihrer unbewohnbar gemachten Heimat flüchten oder verhungern. Die Welt als eine Abfolge von Krisen.

Falls wir die Hoffnung hegen, dass es irgendwann noch einmal anders auf der Welt zugehen soll, als ein nie enden wollender Tritt ins Gesicht, müssen wir verstehen was dies alles miteinander zu tun hat. Dementsprechend finden sich in dieser Zeitung einige Texte gegen diese ungerechte Gesellschaft und ihr Polizeigesetz.



WAS IST DAS NEUE POLIZEI GESETZ?

Große Punkte ändern sich im neuen sächsischen Polizeigesetz:

Sogenannte Gefährder sollen künftig elektronische Fußfesseln tragen, an bestimmte Orte gebunden und mit Kontaktverboten belegt werden können. Wer oder was Gefährder sind, ist nicht näher bestimmt und liegt völlig im Ermessen der Polizeibehörden.

Um Straftaten zu verhindern, soll das präventive Abhören oder Unterbrechen von Handyverbindungen durch die Polizei erlaubt werden.

Polizeieinheiten sollen mit Maschinengewehren, Gummigeschossen, Elektroschockern und Handgranaten ausgestattet werden. Die Polizei wird mit Militär-equipment ausgestattet.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll massiv ausgeweitet werden.

Autofahrer*innen dürfen entlang der Grenze zu Polen und Tschechien per intelligenter Gesichtser-

kennung überwacht werden. Dafür soll es einen 30 Kilometer langen Video-Korridor mit automatischer Gesichtserkennung geben. Dies entspricht ungefähr einem Drittel der Landesfläche.

Städte dürfen ganze Viertel zu alkoholfreien Zonen erklären – und dies auch mit Bußgeldern von bis zu 1000 Euro durchsetzen. Dass die alkoholfreien Zonen nicht das Villenviertel betreffen versteht sich von selbst.

Abseits des Polizeigesetzes wurde 2016 die schusswaffentragende Hobbystaatsmacht „Wachpolizei“ in Sachsen eingeführt. Sie haben eine verkürzte Ausbildungszeit und niedrigere Einstellungs-voraussetzungen. Weiterhin wurde das militärische Panzerfahrzeug „Rheinmetall Survivor R“ für die Polizei angeschafft. Eine Kancel mit Aufnahme für Maschinengewehre inklusive.

Das neue sächsische Polizeigesetz setzt auf Militarisierung, präventivpolizeiliches „Precrime“, Abbau von Persönlichkeitsrechten und Willkürentscheidungen. Das ist „Polizeiarbeit des 21. Jahrhunderts“.

Es ist Politik gegen die Freiheit. Politik gegen die Bevölkerung. Politik gegen uns alle!



WAS IST STAATSFASCHISIERUNG?

Autoritärer Staat und kein Ende in Sicht

Die Welt könnte soviel schöner sein. Viele Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle sind vorhanden.

Woran es weiterhin mangelt ist eine vernünftige Organisation gesellschaftlicher Bereiche um die Freiheit des Einzelnen als gesellschaftliche Freiheit aller zu ermöglichen.

Der Staat versucht vermeintlich die Freiheit der Einzelnen zu gewährleisten und zwischen Mensch und Gesellschaft zu vermitteln. Doch im Kapitalismus agiert er vordergründig als Staat des Kapitals.

Die Erhaltung des sozialen Friedens gilt als oberstes Ziel, welcher durch Polizei und Gerichte durchgesetzt wird. Emanzipatorische Bewegungen haben in der Vergangenheit oftmals gesetzeswidrig gehandelt, wurden kriminalisiert und waren staatlicher Gewalt ausgesetzt. Wenn der gesellschaftliche Druck jedoch zu groß ist, dann ändert sich auch staatliches Handeln.

Was einstmals als verboten galt, ist nun in gemäßigter Form integriert oder wird öffentlich bekundet. Der Staat unterliegt einer permanenten Transformation.

Das heißt, dass er sich den je-

weiligen Bedingungen anpasst um die Fortsetzung und Stabilisierung des Kapitalismus zu ermöglichen.

Gegenwärtig stehen jedoch viele Bereiche einer Verwertung nicht mehr zu Verfügung.

Die Folge sind „überflüssige Menschen“, die nach kapitalistischen Kriterien nicht ausgebeutet werden können. Diese Krisenerscheinung birgt immer das Potential vom Aufbegehren zum Wohle aller an Befreiung orientierter Menschen, jedoch auch die nationalistische Antwort um weiterhin nach oben zu buckeln und nach unten zu treten.

In den jetzigen Polizeigesetzen und eine immer weiter zugespitzte Diskussion um mehr staatliche Kontrolle drückt sich eine strukturelle Staatsfaschisierung aus. Sonderrechte erlauben es nun, bereits präventiv gegen unerwünschtes Verhalten strafrechtlich vorzugehen. Es reicht allein die „drohende Gefahr“ um mit allen technischen Mitteln der Zeit Menschen zu überwachen oder zu verhaften. In Zeiten von Big Data werden Informationen zu unliebsamen Personen gesammelt und dienen zur Kategorisierung. Die Gewaltenteilung

innerhalb einer repräsentativen Demokratie erhält Risse, wenn die Exekutive zum Schutz vor „drohender Gefahr“ eigenmächtig agieren kann. Recht ist dann das, was die Polizei anordnet.

Die Faschisierung die hier gemeint ist, ist eine Entwicklung, die ohne das Schreckbild einer fahnenschwingenden Nazi-Partei auskommt. Die Staatsfaschisierung funktioniert ohne jeden Bruch in der bürgerlichen Gesellschaft von SPD und CDU.

Staatsfaschisierung meint also, Grundrechte und das Recht auf körperliche Integrität derjenigen in Frage zu stellen, die vermeintlich Sicherheit und Ordnung stören. Die derzeitige Legitimitätskrise des Staates versucht dieser durch mehr Sicherheit zu kaschieren. Nationalistische Abschottung erhält somit seine Akzeptanz, wogegen Kämpfen gegen die allgemeine Misere Repression und Knast droht.

Die Zeiten sind düster, aber ohne Versuche des Widerstands sind sie umso unerträglicher.

WER JETZT NICHT AUFPASST...

Gegen das Polizeigesetz haben wir nichts, außer unserer Solidarität

Die Freund*innen von Knüppel und Wumme haben Großes vor. Die drohende Gefahr soll nun neuerdings hinter jeder Ecke lauern, und der Zugriff jederzeit erfolgen. Sie wollen mit dem neuen Polizeigesetz mehr Befugnisse, mehr Überwachung, mehr Fußfesseln, mehr Kontrollbereiche, mehr Elektroschocker, mehr Maschinengewehre, mehr Wachpolizei, mehr Knüppel, mehr Büttel, mehr Kameras, mehr Panzer und natürlich weniger Kennzeichnung. Und warum sollte der Herr Kommissar, bei all der Bedrohung im Einsatz, eigentlich keine Handgranaten haben dürfen?

Passend dazu wird aktuell darüber diskutiert, dass die AfD in Sachsen stärkste Partei werden könnte. Dabei wird in Sachsen schon seit 1989 rechte Politik von der CDU gemacht, auf deren Mist dieses Gesetz gewachsen ist. Doch wir wollen uns hier gar nicht an allen im Polizeigesetz enthaltenen Schweinereien abarbeiten, sondern den Anlass nutzen, die Gesellschaft und die Politik, in der es entsteht zu kritisieren.

...darf sich nicht wundern

Denn auch 50 Jahre nach den Protesten gegen die Einführung der Notstandsgesetze 1968 dreht sich die Schraube der Verschärfungen immer weiter. Für uns stehen die Veränderungen des Polizeigesetzes für eine immer mächtiger werdende autoritäre Tendenz in dieser Gesellschaft. Sie sehnt sich nach einem starken, durchgreifenden Staat.

Auch ihr eigenes Grundgesetz, auf das sie sich so gerne berufen, steht massiv unter Beschuss. Für den autoritären Staat ist nichts tabu. Doch sind die Bürgerrechte, die hier mit abgeschafft werden sollen, selbst nur ein schlechter Witz. Denn Schlussendlich geht es den Freund*innen des Polizeigesetzes

von CDU, SPD, AfD und Wirtschaft darum, noch kräftiger nach unten treten zu können. Mit ihrer Sicherheit meinen sie niemals die soziale Sicherung der Bevölkerung, sondern immer nur dumpfe Repression gegen jene, die nicht ins Konzept passen oder aufbegehren.

...darf nicht jammern

Wir wollen darauf hinaus, dass die Polizei keine Behörde ist, die nur Kindern das Radfahren im Straßenverkehr beibringt, böse Verbrecher einsperrt und deren Twitterkanälen man folgt. Sie ist in ihren Grundzügen abzulehnen, denn sie ist nicht erst mit den geplanten Änderungen des Polizeigesetzes einer der großen Stützpfeiler bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft. So stößt auch die bürgerlich liberale Kritik am Polizeigesetz an ihre Grenzen. Der Polizei vorzuwerfen, sie überschreite ihre eigenen Regelungen oder verlange nach undemokratischen Möglichkeiten, mag nicht unbedingt falsch sein, wir müssen Polizei und Staat jedoch als Ganzes zum Thema machen.

Ob der Protest gegen die Mieterhöhung, die Flucht über das Mittelmeer, der Streik für den Tarifvertrag auf Arbeit, die Demo im Stadtteil oder der Diebstahl im Supermarkt. Wenn es darum geht, dass diese Gesellschaft der Ausbeutung, Eigentums und Nach-Unten-Tretens angekratzt wird, steht die Polizei gleich um die nächste Ecke. Da es ihre Aufgabe ist, den kapitalistischen Ausbeutungszusammenhang abzusichern und durchzusetzen, wird die Polizei im Falle des Falles auch

genau das tun – mit allen ihr verfügbaren Mitteln.

Dieser Staat, den die Polizei mit blanker Gewalt und Rechtsgrundlage verteidigt, ist untrennbar verwoben mit dem Kapitalismus, in dem Ausbeutung, Rassismus und soziale Spaltung so selbstverständlich sind, wie die patriarchale Herrschaft der Männer über die Frauen und alle anderen Geschlechter.

...darf nicht erstaunt sein

Wir wollen den Staat und sein System, das auf der Ausbeutung und Ungerechtigkeit von Lohnarbeit über Hartz4 basiert weder gewalttätig übernehmen, noch von Innen reformieren. Wir wollen weder einen starken, noch einen liberalen Staat: Wir wollen eine Gesellschaft, die ohne Ausbeutung und Unterdrückung organisiert ist.

...darf nicht überrascht sein

Wir laden alle ein, am Aufbau einer solchen freien Gesellschaft mitzuwirken, denn wer könnte sonst dafür kämpfen, wenn nicht wir selbst? Ein Blick über den Teller rand gibt Hoffnung, in Nordsyrien hat sich die Gesellschaft in Rojava formiert, um neue Wege abseits des Kapitalismus zu gehen.

Aber eines ist sicher: Das neue Polizeigesetz ist ein großer Schritt in die entgegengesetzte Richtung. Daher protestiert gegen das Polizeigesetz, macht euch stark für eine bessere Gesellschaft ohne die Freund*innen von Knüppel und Wumme.

...wenn er*sie morgen in einer Diktatur lebt

WER JETZT AUFPASST

ist gegen diese ungerechte Gesellschaft und ihr Polizeigesetz!

WEDER FREIHEIT NOCH GLEICHHEIT

Eine antirassistische Kritik am Polizeigesetz von inhumanity

Das neue Polizeigesetz, das in Sachsen verabschiedet werden soll (SächsPVDG und SächsPBG), wird Auswirkung auf alle Menschen haben die sich hier aufhalten. Schwarze, nicht-deutsch gelesene Menschen und Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung sind davon allerdings noch mal stärker betroffen. Inwiefern das PolG damit den rassistischen Status Quo verschärft, soll der Text zusammenfassen. Im Anschluss soll es eine Einordnung geben, inwiefern die Polizei als staatliche Institution als Schutz für die Aufrechterhaltung des bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaates funktioniert.

Institutioneller Rassismus und Racial Profiling

Die Polizei ist eine dem Innenministerium nachgeordnete Behörde, die für die Gefahrenabwehr, Aufklärung und Verhinderung von Straftaten verantwortlich ist. An Parlamentsgesetze und interne Verordnungen gebunden, hat sie die Macht, Menschen als „kriminell“ einzustufen und zu verfolgen. Dass dies dazu führt, dass bestimmte Personengruppen mehr und andere weniger von Kriminalisierung betroffen sind, hat sowohl eine strukturelle Ebene, als auch eine Individuelle. Polizist*innen sind Menschen mit einer politischen Meinung, durch die Gesellschaft geprägt, sozialisiert und keine neutralen Roboter. Diskriminierungen sind gesellschaftliche Probleme, die sich durch staatliche Institutionen ziehen und dort, aufgrund der Machtgefälle, besonders ausschlaggebend für Leben sind.

Besonders kommt dies bei verdachtsunabhängigen Personenkontrollen zu tragen, die nun durch die Einrichtung von Gefahren- und Kontrollgebieten immer häufiger als Repression und zur Überwachung eingesetzt werden. Von solchen Kontrollen sind hauptsächlich Menschen betroffen, die für die Polizei „ausländisch“ aussehen. Das gezielte Aussuchen nach dem äußeren Erscheinungsbild einer Person nennt man *racial profiling* und es ist diskriminierend, weil es Menschen aufgrund ihres Aussehens als „kriminell“ einstuft. Racial profiling verstößt gegen das Diskriminierungsverbot und den Gleichheitsgrundsatz, der im Art. 3 Absatz I des Grundgesetzes steht. Gerade gegenüber Migrant*innen wiegen sich die Beamt*innen in der Sicherheit, dass die Betroffenen, aus Angst vor dem Verlust einer oft unsicheren Aufenthaltserlaubnis, keine Anzeige erstatten. Das führt, neben der ohnehin auftretenden Polizeigewalt gegen (linke) Demonstrierende, Journalist*innen und Sanitäter*innen auf Demos, zu zahlreichen Übergriffen auf schwarze Menschen und Geflüchtete. Neben Rassismus zeigen sich auch andere Diskriminierungsarten in polizeilichen Handeln, wie Antiromaismus (Sinti und Roma sind Betroffene) und Transfeindlichkeit (gegen Menschen gerichtetes Handeln, deren biologisches und soziales Geschlecht verschieden ist).

Eine konsequente Fortsetzung des Status Quo.

In dem aktuellen Gesetzesentwurf finden sich einige Änderungen,

die sich auf Migrant*innen besonders negativ auswirken können. Jedoch nicht speziell, weil das Gesetz zwischen Staatsbürger*innen und Menschen ohne Staatsbürgerschaft trennt, sondern weil die Polizei innerhalb von gesellschaftlich verankerten Stereotypen handelt und weiter in unser Leben eingreifen kann.

Die Möglichkeit, heimliche Kontrollgebiete einzurichten, wird durch § 15 I Nr. 6 SächsPVDG geschaffen, wodurch die Identität festgestellt werden kann und gem. § 28 Nr. 7 SächsPVDG auch Sachen durchsucht werden können. Die Angst vor ständiger krimineller Einstufung und Kontrolle führt dazu, dass Menschen sich in ihrer täglichen Lebensgestaltung selbst einschränken und öffentliche Orte meiden, um dem zu entgehen. Solche „No-Go-Areas“ können kein Ausdruck einer libertären Demokratie sein. Die massive technische Aufrüstung der Polizei wird zudem auch noch bei Abschiebungen verstärkt eingesetzt und trifft so diejenigen, die kaum (oft durch fehlenden Rechtsbeistand) grundrechtlichen Schutz genießen und sich gegen Verletzungen wehren können.

Nicht nur ein Gesetz, sondern ein System

Die Änderung der Polizeigesetze, die gerade bundesweit stattfindet, steht in einer Reihe mit der autoritären Entwicklung zu mehr Kontrolle, Überwachung und Kriminalisierung jeglichen Verhaltens, welches nicht in die bürgerliche Norm gezwungen werden kann.



Der Ausbau eines Repressionsorgans, das ungleiche Verhältnisse aufrecht erhält, soll dabei eine legale Grundlage bekommen, um weitreichende Eingriffe in die Leben der Menschen vornehmen zu können und das mit immer stärkeren Mitteln. Die Aufrüstung und Militarisierung der Polizei, die im Rahmen von antifaschistischen Kundgebungen immer wieder Thema war, trifft auch und vor allem arme und migrantische Communities. So wird in sogenannten „sozialen Brennpunkten“ Präsenz erhöht und es laufen auch mal Polizist*innen mit Maschinenpistolen Streife. Auch die Aufrüstung bei Großereignissen wie zum Tag der deutschen Einheit in Berlin – trifft vor allem Personen, die als „Ausländer“ eingeordnet werden, denn das Bild vom „Terroristen“ ist stark geprägt von rassistischen Zuschreibungen. Der bürgerlich kapitalistische Nationalstaat wurde zur Sicherung der Eigentumsverhältnisse errichtet und ist auf verschiedene Diskriminierungsmechanismen und -formen angewiesen, um die privilegierte Stellung zu konservieren. Rassismus, der die wirtschaftliche, militärische und ideelle Hegemonie des globalen Nordens rechtfertigen soll, ist daher genauso wichtig zur Aufrechterhaltung wie Sexismus, der unbezahlte Reproduktionsarbeiten an Frauen* überträgt. Besonders wenn mehrere Unterdrückungsformen aufeinander treffen, führt dies dazu, dass Menschen (z.B. schwarze geflüchtete Frauen* ohne gesicherten Aufenthaltsstatus) in der Repräsentativdemokratie marginalisiert werden, kaum sichtbar sind und massiver Ausbeutung ausgeliefert sind.

Die Krise des Kapitalismus wird seit Jahrzehnten wegereguliert und fand seine Zuspitzung in den neoliberalen Reformen und die de facto Aushebelung des Menschenrechts auf Asyl in der BRD 1993. Grenzsicherung wird als Mittel der Regulierung von sozialen Bewegungen, die eine Reaktion auf un-

gleiche Machtverhältnisse global darstellen, eingesetzt. Menschen sterben auf dem Weg zu einem sicheren Ort und werden selbst beim Ankommen im „Zielstaat“ noch in Lager gesteckt, bürokratischen Sanktionen unterzogen und zur Zielscheibe von polizeilichem Handeln.

Das Sterben auf dem Mittelmeer, in der Sahara und in den libyschen Lagern, zeigt außerdem, dass nicht nur im Hambacher Forst – Profitinteressen und die Absicherung von Gewinnen erste Priorität von kapitalistisch verfassten Regierungen sind.

Weder Freiheit noch Gleichheit

Die Polizei spielt im Verhältnis von Staat und Mensch eine besondere Rolle, da sie das Gewaltmonopol innehat und Recht und Gesetz durchsetzt. Durch sie werden also „die Gesellschaft“ und „der Staat“ geschützt. Die Konstitution unserer Gesellschaft und Institutionen steht jedoch immer noch in einer (neo)kolonialen und patriarchalen Kontinuität, sodass durch die Durchsetzung der Gesetze Herrschaftsverhältnisse immer wieder aufs Neue manifestiert werden. Weder die Verfassung (Grundgesetz) noch einzelne Gesetze können daher als allgemeiner gesellschaftlicher Konsens, der die Freiheit und Gleichheit aller Menschen festsetzt und allen zugute kommt, gesehen werden.

Sie sind die Legitimation der Verteidigung privilegierter Stellungen für wenige gegen diejenigen, die nach Gerechtigkeit und Gleichheit streben.

Befreiung als einzige Alternative

Kein Polizeigesetz der Welt kann uns die Freiheit schenken, nach der wir suchen – eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, ohne Abwertung von Menschen, ohne Grenzen. Wir sind gegen die geplanten Reformen, ohne für die Erhaltung des Status Quo zu sein. Denn dieser ist schon jetzt dafür verantwortlich, dass rechte Mobs

unaufgehalten durch die Polizei durch Straßen ziehen und rassistische, national(sozial)istische und antisemitische Sprüche skandieren.

Auch davon sind nicht nur Weiße betroffen, sondern vor allem und existenzieller schwarze Antifaschist*innen. So können aber genau jene Ereignisse aus Chemnitz und Köthen kein Grund sein, schärfere Gesetze zu verlangen, da diese Verfehlungen nicht auf unzureichender Ausrüstung oder fehlenden Befugnissen gelegen hat, sondern an einer Verharmlosung rechter Gewalt und die engen Verbindungen zwischen staatlichen Sicherheitsbehörden und der rechten Szene. Wir dürfen niemals hinter einen demokratischen Standard zurückfallen. Dass soll uns aber nicht davon abhalten über Alternativen jenseits von Kapitalismus, Repräsentation und bewaffneten Kontrolleinheiten zur Durchsetzung von etablierten Machtverhältnissen nachzudenken und für unsere Ideale zu streiten.

Ein neues Polizeigesetz wird wahrscheinlich unumgänglich sein; wie es aussehen wird ist noch nicht final entschieden. Von daher ist die Verabschiedung des Gesetzes nicht nur die Erweiterung von polizeilichen Rechten, die in die Rechte von Bürger*innen eingreifen dürfen. Es ist auch ein Spiegel, welche Entwicklung unser Zusammenleben in Zukunft nehmen wird. Gesellschaft organisiert von Behörden und Vertreter*innen, anstatt von uns selbst, das ist nicht die Freiheit die wir wollen.

Doch auch wenn wir uns im Moment noch mit dem Staat und seinem Gewaltmonopol arrangieren müssen, dürfen wir nicht aufhören dagegen anzukämpfen.

BIST DU AUCH GEFÄHRDER*IN?

Warum der Generalverdacht alle trifft

Ein bisschen Befugnisausweitung hier, ein paar Gesetzesverschärfungen dort? Was soll die Änderung von ein paar Paragraphen schon ausmachen in der Gesamtscheiße? Nun, vorsorgliche Abhörung von Telefonaten, Präventivhaft, massiver Einsatz von Staatstrojanern, Kontaktverbote, Gesichtserkennungsprogramme für die Überwachung öffentlicher Plätze und und und. Mithilfe der neuen Polizeigesetzgebung geht's in Sieben-Meilen-Stiefeln auf zum Polizeistaat. Die vielerorts geplanten Änderungen der Polizeigesetze betreffen linke Aktivist*innen dabei ebenso wie vermeintlich unpolitische Menschen. Dass das „Gefährder*innen-Suchraster“ dabei insbesondere rassistische Strukturen verschärfen wird, liegt auf der Hand.

Ein Tag im Polizeistaat

Morgens um 10.00 Uhr im Gefährder*innenland Mmmh.. gähn.. du reibst dir die Augen, Blick auf die Uhr, raus aus dem Bett. Da klingelt das Telefon. Deine Genossin Songül ist dran. Sie ist ganz aufgeregt und erzählt dir, dass sie Ahmed, ihren Freund nicht mehr sehen dürfen soll. Ihr wurde polizeilich ein Kontaktverbot ausgesprochen, da Ahmed als Gefährder eingestuft wurde. Mit dem neuen Polizeigesetz ist es möglich, dass ohne konkrete Vorkommnisse, ohne begangene Straftaten eine Bewertung von Personen als „Gefährder*innen“ von Seiten der Staats- und Repressionsorgane vorgenommen werden kann. Mittels einer Software werden hierfür Daten über Verhalten, Lebensverlauf, (politischen) Einstellungen, Kontakten, etc. gesammelt und ausgewertet. Das System spuckt dann eine Risikobewertung aus. Wenn du Pech hast, wirst du von einer Computersoftware dann als „drohende Gefahr“ identifiziert. Unter dem neuen Gesetz erlaubt diese Einschätzung im Falle „einer abzusehenden Terrorgefahr“ eine Reihe polizeilicher Zwangs- und Überwachungsmaßnahmen: neben Kontaktverboten auch Aufenthaltsanordnungen bis hin zur Verordnung einer elektronischen Fußfessel, die 24/7 Auskunft darüber gibt wo sich der*die potentielle „Gefährder*in“ aufhält. Ihr berätet euch. Rechtlich gegen diese Maßnahme vorgehen könnt ihr jedoch nicht. Schließlich gibt es nur eine Einschätzung die juristisch nicht zu widerlegen ist – ihr habt keine Straftat begangen, es wird eben „nur“ angenommen dass ihr eine begehen könntet.

Auf Schritt und Tritt

Für deine Freundin heißt das auch, sich eine neue Bleibe zu suchen, da Ahmed und sie eine Wohnung teilen. Du bietest ihr an, erst einmal zu dir zu ziehen.

Auf einmal reißt das Gespräch ab. Da weißt du, Vater Staat hört mit. Das ist jetzt ganz legal, denn „um Straftaten zu verhindern“, ist das präventive Abhören oder Unterbrechen von Handyverbindungen durch die Polizei erlaubt. Genervt stürzt du den zweiten Kaffee hinter und machst dich auf zur Uni. Dafür musst du durch die Innenstadt, die mittlerweile vorrangig aus Zonen besteht, in denen du videoüberwacht und mittels Gesichtserkennungsprogrammen digital identifiziert werden kannst. Die Speicherung der Videoaufnahmen ist im Entwurf auf zwei Monate festgelegt. Die hinzugezogene Expertenkommission zur Bewertung des Gesetzesentwurfs schlägt einen Monat vor. Diese Frist soll der Auswertung der Daten dienen. Die Auswertung soll ein geeignetes Mittel sein, um „Entwicklungen an derartigen Schwerpunkten zu erkennen, Gegenmaßnahmen daraus herzuleiten und damit auch Straftaten zu verhindern“ (SPD). Hat ein Bulle hier einen konkreten Verdacht (für eine Straftat, Gefahrensituation) werden die Daten länger gespeichert. Welche Gründe einen „konkreten Verdacht“ hier rechtfertigen ist nicht genauer spezifiziert, aber absehbar: Für dich ist es stets ein unangenehmes Gefühl, dich durch diesen mit Augen und Ohren ausgestatteten öffentlichen Raum zu bewegen. Da du weißt bist, trifft dich ein „konkreter Verdacht“ jedoch ungleich seltener als dies bei einer Person of Colour der Fall ist. Freund*innen von dir wohnen in direkter Nähe zur tschechischen Grenze. Hier gilt die Komplettüberwachung: In Grenznähe sind Videoüberwachung und -aufzeichnung an öffentlichen Plätzen, automatisierte Kennzeichenerfassung und Gesichtserkennung in einer 30km-breiten Zone angedacht.

Ein schlechter Sci-Fi-Film?

Es wird Abend. Stell dir vor, du gehst ab und an in das Kulturzentrum deiner Stadt. Dieses wurde als Ausgangsort politischer Veranstaltungen identifiziert und rechtfertigt für die Polizei deine Zuordnung zu einer bestimmten Szene. Die Veranstaltung, die du besuchen willst, ist eine äußerst gefährliche Sache, z.B. eine Infoveranstaltung den Riots der vergangenen Tage in den Banlieus von Paris. Es wird zu einer Solikundgebung aufgerufen. Um sich die Sache zu vereinfachen, wird das ganze AZ unter Generalverdacht gestellt. Damit werden alle darin ein- und ausgehenden Personen kriminalisiert - und noch mehr Telefone und Computer werden abgehört und ausgespäht. Die Kundgebung, wird ebenfalls als gefährlich eingestuft, was dazu führt, dass das SEK mit Maschinengewehren und Gummigeschossen anrückt. Der Polizei rüstet auf und militarisiert ihre Spezialein-

heiten. Die Schwelle für den Einsatz des SEKs ist seit dem G20 Gipfel schon drastisch gesunken. Seit letzten Sommer kann und wird „Widerstand“ gegen Cops härter bestraft. Kontakt mit Bullen wird also immer gefährlicher. Demgegenüber schweigt sich das Gesetz über Möglichkeiten zur verschärften Kontrolle der aufgerüsteten Staatsdiener*innen aus.

Klingt langsam wie ein schlechter Science Fiction Schinken? Mag sein, aber die Gesetzesänderung ist in wichtigen Teilen erschreckend unkonkret (Wer ist ab wann warum ein*e Gefährder*in?) und die Deutungshoheit haben die Cops, deren Macht immer weiter ausgebaut wird. In Anbetracht der politischen Lage in Sachsen kann mensch vielleicht nicht ganz unbegründet davon ausgehen, dass das Polizeigesetz ein riesiger Schritt in Richtung Polizeistaat und absoluter Überwachungsmaschinerie ist. Die geplanten Änderungen greifen tief ins Leben jede*r Einzel*n ein und versuchen uns als Aktivist*innen jegliche Stimme oppositionelle Haltung zu nehmen und politischen Widerstand im Keim zu ersticken...

Solidarity is our weapon

Deswegen ist es uns wichtig jetzt zu handeln, damit der Gesetzesentwurf so wie er von SPD und CDU formuliert wurde, gar nicht erst zum Tragen kommt. Dass Gegenproteste wirksam sind, haben wir in NRW oder Hessen gesehen.

Unter dem Vorwand der „inneren Sicherheit“ wird ein Gesetz verschärft, dass Gewalt legitimiert und Angst vor einer unspezifischen Gefahr schürt. Damit begünstigt es Misstrauen und Vereinzelung inner-

halb der Gesellschaft und ebnet den Weg zu einer totalitären Gesellschaft.

Stellt euch vor, ihr lasst euch nicht von der Kriminalisierung abschrecken und trefft euch trotzdem weiter im AJZ. Die Anwohner*innen finden es auch scheiße, dass sie auf einmal permanent überwacht werden, sich ausweisen müssen um nach Hause zu gehen und den Umsonstladen nicht mehr besuchen können. Es werden immer mehr Fälle bekannt, in denen Personen zu Unrecht als Gefährder*innen eingestuft wurden, und das kann jede*n treffen. Die Wut über die Verhältnisse wächst, und damit auch die Unterstützung emanzipatorischer Kämpfe. Die eigene Bezugsgruppe wird immer wichtiger und es gibt Strukturen, um die Menschen, die momentan im Knast sitzen, zu unterstützen. Der Gesetzentwurf bedeutet einen Zuwachs von Repression. Repression zielt darauf ab, widerständiges Handeln zu erschweren, was schon im Kopf anfängt: die Abhängigkeit von Strukturen, die für Sicherheit und Ordnung sorgen können, wächst, dafür werden auch Einschnitte innerhalb der eigenen Freiheit in Kauf genommen. Staatsgewalt nimmt zu, dafür schrumpfen die eigenen Handlungsmöglichkeiten. Wir fühlen uns ohnmächtig, mutlos und wir zweifeln an politischen Zielen und Idealen. Auch diese Gefühle sind gewollt, denn sie hindern uns an unserer politischen Praxis.

Was dagegen hilft? Schließt euch zusammen und lasst euch nicht vereinzeln. Organisiert die Solidarität, im Alltag, materiell und emotional!

Betroffene staatlicher Repression unterstützen

**ROTE HILFE
MITGLIED WERDEN!**

Solidarität leben

www.rote-hilfe.de

VON DER POSTDEMOKRATIE IN DEN VORFASCHISMUS

Der Rechtsruck und das Polizeigesetz sind sehr gute Freunde von Tomasz Konicz, Oktober 2018

Die Realität im Deutschland des Jahres 2018 ist absurder als jede Satire. Als die ersten Gerüchte darüber aufkamen, dass Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen aufgrund der Verbreitung rechtsextremer Narrative zu den pogromartigen Ausschreitungen in Chemnitz sein Amt verlieren würde, tauchten in den sozialen Netzwerken die üblichen Parodien auf, die notorische Rechtspopulisten und Rechtsextremisten als potenzielle Nachfolger Maaßens handelten. Kein einziger Satiriker kam aber auch nur auf die Idee, dass der oberste „Verfassungsschützer“ der Bundesrepublik für seinen offenen Flankenschutz für Rechtsextremisten auch noch zum Staatssekretär befördert werden sollte.

Neben seinen unsäglichen Äußerungen zu den Nazi-Ausschreitungen in Chemnitz, die die extremistische Rechte in der Bundesrepublik geradezu beflügelten, kann der bei Kollegen als AfD-Sympathisant (Tagesspiegel) geltende Ex-Verfassungsschutzpräsident auf eine reichhaltige Erfahrung als Politberater und Dienstleister der Neuen Rechten zurückblicken.

Der Verfassungsschutz als Politberater der AfD

Bei Treffen mit AfD-Funktionären soll der Verfassungsschutzpräsident diese darüber beraten haben, wie sie der Beobachtung durch den Verfassungsschutz entgehen können. Die damalige rechtspopulistische AfD-Chefin Petry wurde demnach schon im Herbst 2015 von Maaßen ermuntert, den Rechtsextremisten Höcke aus der Partei auszuschließen, um einer Beobachtung zu entgehen. Bekanntlich ist Petry aus der AfD ausgestiegen, während Höcke nach dem gescheiterten Parteiauschlussverfahren mächtiger ist denn je.

Trotzdem weigert sich der Verfassungsschutz – der seine Beratertätigkeit bei den Treffen bestreitet – weiterhin, die AfD beobachten zu lassen. Dies kann die Neue Deutsche Rechte im Rahmen einer Selbsterfahrungsgruppe übrigens bald selber tun. Längst sind auch die ersten AfD-Funktionäre bekannt, die beim Verfassungsschutz arbeiten – und die nach Chemnitz die entsprechenden rechtsextremen Narrative bedienen.

Inzwischen mehren sich Hinweise darauf, dass Maaßens Verfassungsschutz mit der AfD kooperierte, in dem er „brisante Informationen“ an die ins Extreme treibenden „Rechtspopulisten“ lieferte. Es gebe Hinweise auf „undichte Stellen“ in der

Behörde, die den Rechtspopulisten Informationen zuspielen würden, die der Verfassungsschutz über sie sammelte. Die schon seit dem rechtswidrigen Schreddern von sensiblen Akten im Gefolge des NSU-Skandals berüchtigte Bundesbehörde, deren Mitarbeiter „zufällig“ just zur Tatzeit sich am Tatort eines NSU-Mordes aufhielten, scheint somit unter Maaßen ihren Traditionen treu geblieben zu sein.

Die kann man buchstäblich nehmen: Die Einsicht in die Akten des NS-Kriegsverbrechers und SS-Hauptsturmführers Alois Brunner, auf die ein Journalist klagte, verwehrt der Verfassungsschutzpräsident hartnäckig bis zum heutigen Tage, wobei er ankündigte, zur Not auf eine entsprechende Änderung des Bundesarchivgesetzes hinwirken zu wollen.

„Das Gesetz bin ich“: Dies scheint die zukunfts-trächtige Devise zu sein, der Maaßen – in dessen Dissertation von 1997 schon rechtspopulistisches Vokabular wie „Asyltourist“ auftauchte – als Deutschlands oberster Naziversteher folgt. Bei einer parlamentarischen Untersuchung des Terroranschlags am Berliner Breitscheidplatz erklärte Maaßen mehrmals schriftlich, dass keine V-Leute im Umfeld des Terroristen Anis Amri aktiv waren. Dies erwies sich später als eine für Maaßen folgenlose Lüge, da sich Seehofers Innenministerium hinter den „AfD-Sympathisanten“ (Tagesspiegel) stellte.

Schon als Referatsleiter für Ausländerrecht wusste der künftige „Verfassungsschützer“ das Recht möglichst rechtslastig zu interpretieren. Im Fall des unschuldig in US-Folterlagern verschleppten Murat Kurnaz verweigerte Maaßen diesem die Wiedereinreise in die Bundesrepublik – gerade weil er mehr als sechs Monate in Folterlagern inhaftiert war und seine Aufenthaltsgenehmigung deswegen „erloschen“ sei. Im Fall Edward Snowden wiederum stieß Maaßen wilde Anschuldigungen gegen den US-Whistleblower aus, dem er vorwarf, ein russischer Agent zu sein, um von der Verstrickung des Verfassungsschutzes in die NSA-Affäre abzulenken.

Wenn es ihm passt, konnte der bei Rechtsextremisten und Rechtspopulisten so beliebte „kritische Kopf“ (AfD über Maaßen), der so viel Verständnis für braune Hetzjagden aufbringt, auch ganz schnell zur ganz großen Repressionskeule greifen. Jour-

nalisten des Blogs Netzpolitik.org, die aus Verfassungsschutz-Dokumenten zitierten, überzog der Verfassungsschutzpräsident mit Anzeigen wegen Landesverrats – zum ersten Mal seit der Spiegel-Affäre.

Das Amtsverständnis des Verfassungsschutzpräsidenten kam anlässlich eines 2015 geführten Interviews zum Vorschein, als Maaßen mit der potenziellen Straflosigkeit und den Allmachtsphantasien eines Nachrichtendienstes spielte: „Wir sind ein geheimer Nachrichtendienst“, erklärte Maaßen in dem Video-Interview, „wo man fast sagen kann: Bei uns kann man das machen, was man schon immer machen wollte, nur ist es legal.“

Dass sein Nachfolger eine andere Auffassung seines Berufsbilds vertreten sollte, ist mit an einiger Wahrscheinlichkeit auszuschließen. Denn in der braun angelaufenen Bananenrepublik funktionierte Maaßen ganz nach Betriebsanleitung.

Staatlicher Flankenschutz für die Neue Rechte

Mit seiner rechtspopulistischen Schlagseite befindet sich Deutschlands ehemaliger oberster Verfassungsschützer aber nicht mehr am Rande des politischen Spektrums der Regierungskoalition, sondern in deren konservativer Mitte. Die politische Landschaft in Berlin habe sich zugunsten des AfD-Sympathisanten gewandelt, kommentierte die Süddeutsche Zeitung (SZ), da die „Riege der Kritiker von Merkels Flüchtlingspolitik ... auch am Kabinetttisch jetzt stärker vertreten“ sei.

Der Flankenschutz des Verfassungsschutzpräsidenten für den Mob von Chemnitz, findet seinen Widerhall in der Regierungskoalition und im Staatsapparat. Und das nicht nur bei einem Innenminister, der sich des Vorwurfs erwehren muss, „er stelle sich schützend vor Rassisten“. Welches braune Potenzial sich im Verfassungsschutz angestaut hat, macht der folgende Kommentar des Verfassungsschutzchefs von Mecklenburg-Vorpommern zu Chemnitz deutlich: „Die Mehrheit der Menschen ist asylkritisch. Es muss möglich sein, das zu äußern.“

Letztendlich gehen reaktionäre Kräfte innerhalb des Staatsapparates dazu über, die Neue Rechte offen zu unterstützen. Nicht nur auf der Straße fallen alle Masken von den „besorgten Bürgern“, um die Fratze des Faschismus zu entblößen, auch die Naziversteher im Staatsapparat legen alle Hemmungen ab. Das mag lächerlich sein, wenn etwa ein an eine Realsatire des „hässlichen Deutschen“ erinnernder LKA-Mann sich bei den sächsischen Rechtsextremisten der Pegida organisiert und Fernsehteams anpöbelt, nur um zum Gespött des

Internets zu werden. Doch auch hier steht hinter der lächerlichen Fratze des deutschen Vorfaschismus die Macht des sich verselbstständigenden Staatsapparates. Der als „Hutbürger“ in die Geschichte eingegangene LKA-Mann fiel weich, er ist nach seiner Entlassung beim LKA wieder im sächsischen Staatsdienst untergekommen.

Der Flankenschutz für die Rechtsextremisten von Pegida und Co. kommt dabei von ganz oben. Der „Fall Maaßen“ lege eine „schleichende und bedrohliche Entfremdung“ in Teilen des deutschen Staatsapparates offen, warnte die SZ:

„Seit dem Flüchtlingsherbst 2015 hadern Vertreter der Sicherheitsbehörden mit Merkels Migrationspolitik, von Polizeigewerkschaftern bis hinauf zu Behördenleitern. Mal tun sie es offen, so wie der Hutbürger vom Landeskriminalamt Sachsen, der mit Pegida demonstrieren ging. Mal tun sie es verdeckt, wie der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann. Über Monate hinweg lag er Seehofer in den Ohren, endlich Flüchtlinge an deutschen



Grenzen zurückzuweisen. Im Juni erhörte Seehofer ihn. Ergebnis: eine Regierungskrise.“

Es sei ein „Trio Infernale“ aus Innenminister, Bundespolizeichef und Verfassungsschutzpräsident, das die Bundesregierung mit immer neuen Provokationen und Eskalationen vor sich hertreibe. Angesichts der gegenwärtigen rechtsextremen Welle sei dies eine „brandgefährliche Konstellation“.

Es ließe sich gar argumentieren, dass diese Kräfte im deutschen Staatsapparat die braune deutsche Welle aus machtpolitischem Kalkül bewusst fördern, um endlich die Machtfrage zu stellen. Die Tage Merkels sind gezählt, und die Antidemokraten und Protofaschisten der Neuen Deutschen Rechten im und außerhalb des Staatsapparates scharren schon mit den Hufen, um einen Elitenwechsel einzuleiten.

Die ausgehöhlte, aber formell noch gegebene neo-liberale Postdemokratie, die Merkel personifiziert, sie droht in ein autoritäres präfaschistisches Regime überzugehen. Putin, Orban, Erdogan, Trump oder Kaczynski: Diese autoritären Regime sind keine anachronistischen Auslaufmodelle, sondern Zukunftsmodelle, die spätestens beim nächsten Krisenschub auch in Berlin auf der Tagesordnung stehen werden.

Das sich abzeichnende Ende der Ära Merkel wurde bei der Wahl des Fraktionschefs der CDU evident, als der Merkel-Mann Volker Kauder überraschend dem eher unbekanntem Ralph Brinkhaus unterlag, der prompt vor „moralischer Überheblichkeit gegenüber Protestwählern“ warnte und damit drohte, auf diese zuzugehen. Kurz schloss die CDU Sachsens nicht aus, eine schwarz-braune Koalition mit der „Protestpartei“ der AfD einzugehen. Ähnliche Planspiele gibt es auch schon in der CSU. Offen reaktionäre Kräfte in der CDU/CSU als einer Partei der „Mitte“ arbeiten somit an einem Bündnis mit einer ins offene Faschistische abdriftenden Formation, an einem Reenactment des Tages von Potsdam..

Der Charakter der ins Faschistische taumelnden Neuen Rechten als einer konformistische Rebellion von Untertanen, die sich – verunsichert in Krisenzeiten – einen festeren Würgegriff der Macht wünschen, kommt im deutschen Frühherbst 2018 somit zur vollen Geltung. Deutschlands braune Brut sieht sich einerseits als unterdrückte Opposition, um andererseits mit der Gewissheit zu handeln, dass sie die Macht im Rücken hat, da man nur das tue, was alle wollten. Der Aufschwung der AfD ist gerade auf die evidente Unterstützung seitens reaktionärer Teile der Funktionsebenen in Staat, Medien und Wirtschaft zurückzuführen. Der faschistische

Untertanengeist fühlt sich dann ermutigt, wenn er den Innenminister, den Verfassungsschutzchef, den reaktionären Mövenpick-Milliardär oder die Talkshow-Runde hinter sich weiß.

„Wenn wir regieren, werdet ihr alle eingesperrt!“

Den Staatsapparat im Rücken scheint die AfD sich schon fast an den Schalthebeln der Macht zu wägen. Die staatlich forcierte Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie im Rahmen der Landespolizeigesetze wird von der Neuen Rechten inzwischen offen mitgetragen, nachdem zuerst noch eine taktische Oppositionshaltung eingenommen wurde. Von allen Oppositionsparteien habe sich nur die AfD pauschal hinter die Verschärfung des niedersächsischen Polizeirechts gestellt, berichtete Netzpolitik.org.

In Bayern wendeten AfD-Trupps inzwischen „fast SA-Methoden“ an, berichteten CSU-Politiker aus dem Wahlkampf. „Wenn wir regieren, werdet ihr alle eingesperrt!“ Diese Drohungen hätten AfDler ausgerechnet bei einem Treffen der Frauenunion der CSU ausgestoßen, sagte ein CSU-Lokalpolitiker in Deggendorf. Drohungen mit „Ausmisten“ oder mit „Besuchen“, sollte sich „der Wind drehen“, würden inzwischen seitens der offen faschistisch agierenden Neuen Rechten routinemäßig ausgestoßen. Satiriker, die sich über die AfD-lustig machten, bekamen Morddrohungen und „Hausbesuche“ der AfD. Die Ortsgruppe der AfD im Hochtaunus fantasierte bereits davon, Verlage zu stürmen und Journalisten auf die Straße zu zerren.

Das Ziel dieser faschistischen Einschüchterungsstrategie ist klar: Es geht um die Erringung einer rechten Hegemonie, bei der Widerspruch nicht mehr öffentlich artikuliert werden könnte. Ganz Deutschland soll zu einer sächsischen Provinz werden.

Wie sich eine rechte Hegemonie etwa auf den Arbeitsalltag auswirkt, kennen all jene Polizeibeamten, die nicht über ein rechtes Weltbild verfügen, aus eigener Erfahrung. In der Polizei sei längst eine rechte Ideologie hegemonial, die „Linke und Ausländer“ zu Feinden erkläre, so ein Polizist in einem längeren Interview über den Polizeialltag. Der Beamte zog es vor, anonym zu bleiben – und das aus gutem Grund. Der extreme Korpsgeist der Polizei führe dazu, dass öffentliche Kritik an Rassismus oder rechten Umtreiben sehr schnell zu Karriereachteilen führe: „Das System Polizei ist sehr speziell und es vergisst nicht. Wenn du dich beschwerst, fällt das irgendwann auf dich zurück.“ Davor hätten alle Angst.

Der Aufstieg der AfD habe auch die rechten Kräfte

in der Polizei beflügelt, die sich zuvor mit öffentlichen Äußerungen „zurückgehalten“ hätten. Die Rechtspopulisten böten diesem Spektrum im Polizeiapparat nun eine Plattform, um „ihre Meinung laut auszusprechen“. Es gebe viele „Polizisten oder ehemalige Polizeibeamte, die der AfD nahestehen oder für diese politisch aktiv werden“. Selbst Sachsens stellvertretender Ministerpräsident Martin Dulig warnte schon Anfang 2016 davor, dass die Polizei im Freistaat eine große Nähe zu Pegida und AfD aufweise.

Ein reaktionärer, autoritärer Staat im Staate tritt offen zutage, der seine Sympathien für die Neue Rechte nicht mal mehr notdürftig kaschieren kann. Dies müsste eigentlich die entsprechenden historischen Erinnerungen aufkommen lassen an den historischen deutschen Vorfaschismus, als weite Teile des autoritären deutschen Staatsapparates das berüchtigte blinde rechte Auge ausbildeten, indem sie drakonische Repression gegen die Linke mit großzügiger Milde gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in der Weimarer Republik koppelten.

Eine politisierte Polizei, die offen mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten agiert, um antifaschistischen Widerstand gegen die laufende Faschisierung zu marginalisieren und zu kriminalisieren – dies ist keine gruselige historische Erinnerung aus „Weimar“, sondern neue deutsche Realität in München. Rechte Medien und rechtsextreme Zusammenhänge in den sozialen Netzwerken starteten eine typische Hetzkampagne gegen einen geplanten antifaschistischen Kongress in der bayrischen Landeshauptstadt, um schließlich Flankendeckung von der Gewerkschaft der Polizei zu erhalten, die die bei Rechtsextremisten verhasste Veranstaltung im DGB-Haus verhindern wollte.

Der Hintergrund: die weitaus kleinere, nicht im DGB organisierte Deutsche Polizeigewerkschaft hat massiv Stimmung innerhalb der Polizei gegen den Kongress gemacht, und so die im DGB organisierte Gewerkschaft der Polizei von rechts außen unter Druck gesetzt. Die Antifaschisten, die sich Deutschlands braunen Auswurf entgegenstellen, seien „linksradikale Straftäter“ und befänden sich „außerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung“, so die Gewerkschaft der Polizei in ihrer Urteilsverkündung im Februar 2018.

„Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“

Doch es geht auch anders – dies nicht nur Chemnitz, wo Nazis direkt neben Polizisten ungestört den Hitlergruß zeigen konnten. Auch wenn es um antisemitische Hetze von Neonazis geht, kann der deutsche Polizeigewerkschaftler sehr viel Finger-

spitzengefühl und Empathie entwickeln. Als kürzlich hunderte Neonazis durch Dortmund zogen, konnten sie unbehelligt die antisemitische Parole „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“ brüllen.

Was sich anhört wie eine unfreiwillige Bestätigung des Adorno-Zitats „Deutschland denken, heißt Auschwitz denken“, schien der Polizei Dortmund keines Einschreitens würdig. Die Gewerkschaft der Polizei bat im Folgenden um „Verständnis für die umstrittene Zurückhaltung der eingesetzten Beamten“. Die Rechten wüssten nun mal sehr genau, „welche Parolen sie skandieren könnten und welche Gesten noch als straffrei gälten“, so der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Heiko Müller. Hier verlässt sich die Polizeigewerkschaft somit ganz auf das Rechtsempfinden deutscher Neonazis. Es laufen nun doch Ermittlungsverfahren – wegen des Einsatzes von Pyrotechnik.

Um Verständnis für Zurückhaltung gegenüber Antifaschisten bräuchten deutsche Polizeigewerkschaftler die Öffentlichkeit nie zu bitten. Seit dem Aufstieg der AfD wird antifaschistischer Widerstand rücksichtslos gebrochen, um die entsprechenden „Exempel“ zu statuieren und weitere Opposition gegenüber der Faschisierung der Bundesrepublik abzuschrecken. Mit „Brechen“ können schon mal buchstäblich Knochenbrüche gemeint sein, die beispielsweise ein Aktivist davongetragen hat, der sich an einer Blockadeaktion gegen den Bundesparteitag der AfD in Hannover beteiligte. Den Hergang, der zu einem doppelten Unterschenkelbruch und mehreren Verletzten führte, schilderte ein Demonstrationsteilnehmer gegenüber dem NDR folgendermaßen:

„Die Beamten seien ohne jede Vorwarnung auf sie losgestürmt, hätten die drei Angeketteten mit Fäusten geschlagen und getreten. Die Beamten hätten an den Armen gezerrt und ihnen die Arme schmerzhaft verdreht, um die Gliedmaßen aus der Pyramide zu lösen – ohne Erfolg. Zudem verweist er auf die Knochenbrüche seines Mitstreiters: Aus seiner Sicht gibt es keine andere Ursache dafür als den Polizeieinsatz. Der Mann habe laut vor Schmerz geschrien.“

Das Statuieren von abschreckenden Exempeln, das hier im Ansatz betreiben wird, ist ein Wesensmerkmal faschistischer Terrorpraxis. Der nachsichtige Umgang der Polizei mit dem „Adolf Hitler Hooligans“ grölenden, faschistischen Mob in Chemnitz kontrastiert mit dem Vorgehen der staatlichen Organe im Hambacher Forst, wo ebenfalls fleißig Exempel statuiert werden. Eine seit vier Monaten in Untersuchungshaft einsitzende Aktivistin ist kürz-

lich zu neun Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Ihr Vergehen? Die Angeklagte habe andere Aktivisten „trommelnd unterstützt“, denen vorgeworfen wird, Polizisten mit Böllern beworfen zu haben. Das Urteil habe auch einen „generalpräventiven Charakter“, hieß es in der Urteilsbegründung offen. Trommeln? Neun Monate ohne Bewährung!

Der von Naziverstehern wie Seehofer und Maaßen geführte deutsche Staatsapparat übt sich somit wieder in die Praxis des Statuierens von Exempeln ein, um jeglichen zivilgesellschaftlichen Widerstand präventiv zu ersticken. Die Gewaltexzesse und Verwüstungen in Hamburg, die auch durch eine gezielte Eskalationsstrategie des jüngst beförderten Polizeichefs Dudde während des G20-Gipfels angefacht wurden, legten den Grundstein für diese extreme Repressionspolitik. Das Einnehmen einer Embryonalstellung samt Flaschenwurf wurde mit mehrjährigen Haftstrafen ohne Bewährung geahndet.

Bis zum heutigen Tag wird der Fahndungsdruck nach möglichen G20-Randalierern aufrecht gehalten – während die Ermittlungen zu einer rechtsextremistischen Anschlagsserie in Neukölln ergebnislos eingestellt wurden.

In dieses trostlose braune Bild passen auch die unzähligen rechtsextremen Skandale und Skandalchen, die in letzter Zeit öffentlich wurden. Von den mit dem Nazi-Code für „Heil Hitler“ signierten Mails im Berliner LKA, über die Hitlerfans im Polizeipräsidium Neubrandenburg, bis aktuell zu den sächsischen SEK-Männern, die ihre Sympathien für die NS-Terrortruppe NSU durch die Verwendung des Tarnnamens Uwe Böhnhardt beim Einsatz während der Erdogan-Staatsvisite zum Ausdruck brachten.

Es fehlten ihm „die Worte“, so der sächsische LKA-Präsident Petric Kleine in Reaktion auf die rechtsterroristische Tarnnamenswahl zweier seiner Beamten. Er sei „tief enttäuscht“, so der Chef der Behörde, die dem Internet auch den berühmtesten Hutbürger Deutschlands bescherte.

So ein Verhalten ist aber nur möglich, weil die Beamten in einem autoritären, zunehmend nach rechts abdriftenden Umfeld ihren Arbeitsalltag verbringen, in dem solche rechtsterroristischen „Witze“ üblich sind. Wieso sollten auch die Beamten aus ihren Herzen eine Mördergrube machen, wenn der Innenminister und der Verfassungsschutzpräsident so viel Verständnis und offene Symmachien für die braunen Umtriebe und Hetzjagden der Neuen Deutschen Rechten zeigen? Wenn selbst Dresdner Richter ohne weiteres Verständnis für einen

Massenmörder und Rechtsterroristen wie Anders Breivik äußern können?

Wenn der Neonationalismus nach der nächsten Krise kein schlechtes Geschäft mehr ist

Die Schwelle scheint überschritten, ab der es diesen Schreibtischtätern schlicht egal ist, wie die Öffentlichkeit darauf reagiert. Sie sitzen in den Machtministerien – und solange der Korpsgeist hält, haben sie kaum etwas zu befürchten. Im Gegensatz zu all jenen, die sich der neudeutschen braunen Welle entgegenstellen.

Das einzige, was die profaschistischen Deutschtümmeler in den Amtsstuben davor abhält, ihren Durchmarsch an die Schalthebel der Macht zu vollenden, ist die gute, auf Pump laufende Weltkonjunktur samt der extremen Exportausrichtung der Bundesrepublik. BDI-Chef Dieter Kempf hat in einem Interview in den Machtkampf in der Koalition interveniert und klargestellt, dass Deutschlands Unternehmerschaft kein Interesse an nationalistischer Abschottung habe. Ein „angeblich heimatliebender Nationalismus, der gegen Zuwanderung und Freihandel mobilisiert“, sei der falsche Weg und schade dem Exportweltmeister Deutschland. „In unserer Gesellschaft darf Fremdenhass keinen Platz haben“, schlussfolgerte Kempf bei seinem Machtwort, der zugleich eine Konjunkturabkühlung in Deutschland aufgrund global zunehmender protektionistischer Tendenzen prognostizierte.

Die Zeit läuft ab. Sobald das ökonomische Kalkül, das den Neonationalismus zu einem „schlechten Geschäft“ macht, beim nächsten Krisenschub zusammenbricht, wird sich der Wind auch in der Unternehmerschaft drehen. Die Transformation der neoliberalen Postdemokratie in ein autoritäres System brutaler Krisenverwaltung wird sich im Rahmen desselben binnenkapitalistischen Machtkalküls, das nun den Freihandel propagiert, gerade zwanghaft aufdrängen. Die Rechten Seilschaften und Rackets, die derzeit an die Macht drängen, sind einfach zu ungeduldig. Sie sind als Avantgarde der Barbarei ihrer Krisenzeit voraus.

Damit läuft auch die Zeit ab, im Rahmen breiter Bündnisbildung noch gesamtgesellschaftlich relevanten antifaschistischen Widerstand zu organisieren, der nicht Konjunkturabhängig wäre.



DISKUTIEREN IM KNAST

Wohin uns die Gefahr führt von GG/BO Leipzig

Für den Bereich der Gefahrenabwehr ergeben sich die Eingriffsbefugnisse der Polizei aus dem Polizeigesetz des Landes Sachsen, dem Sächsischen Polizeigesetz (Sächs PolG). Der präventive Ansatz von Polizeigesetzen wird kommunal durch Polizeiverordnungen untermauert. Auch hier, in den Städten, werden durch Polizeiverordnungen konstant die Befugnisse der Polizei erweitert - die Grenzen verschoben. Nun sollen die Befugnisse „bevor etwas passiert“ noch einmal kräftig erweitert werden. Prävention wird zunehmend zur Repression. Das geht zu weit und sollte Wahlkampfthema werden.

Das Problem heißt CDU

Die Vorverlagerung von Eingriffsbefugnissen ist bundesweit schon seit den 70er Jahren zu beobachten. CDU/CSU bilden dabei, auf Bundes- und Länderebene die Vorreiter. Baden-Württemberg und Bayern, als CDU/CSU alleinregierte Länder, halfen mittels Verwaltungshilfeverträgen nach der Wende die sächsische Verwaltung

aufzubauen. Beispielsweise lautete bis 1994 die Formulierung der Aufgabe der Polizei „Gefahrenabwehr und Beseitigung von Störung“. Dank der CDU Sachsen sollten von nun an „Straftaten verhindert und vorbeugend bekämpft werden.“ Konkret hatte dies zur Folge, dass seit 1994 öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen auch gefilmt werden können, seit 1999 öffentliche Kameraüberwachung, verdachtsunabhängige Kontrollen möglich sind, sowie die Einrichtung von zeitlich befristeten Kontrollbereichen realisiert wird.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Sächsischen Polizeigesetzes kommen die Ausweitung der Kameraüberwachung bis zu 30km im Grenzbereich, die Kennzeichen- und Gesichtserkennung, das Auslesen und Abgleichen biometrischer Daten sowie mehr Überwachungsinstrumente für Kommunen dazu.

Auch wenn das Motiv der „drohenden Gefahr“ nominell nicht

den Stellenwert hat wie im bayerischen, ist es doch auch in Sachsen roter Faden des Gesetzesentwurfs. Die Logik der „drohenden Gefahr“ hält mittels einer komplexeren Formulierung Einzug. Sie lautet: „Wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person innerhalb absehbarer Zeit ein, ihrer Art nach konkretisierte Straftat von erheblicher Bedeutung begehen“. Dabei ist die Formulierung „ihrer Art nach“ so unkonkret, dass selbst Rucksackträger*innen zur „drohenden Gefahr“ werden können.

Sogenannte „Gefährder“, deren (vermutete) Kontakt- und Begleitpersonen haben Überwachung, Kontaktverbote, -gebote, Fußfesseln zu befürchten. Dabei besteht keine Nachweispflicht der Gefahr durch die Polizei. Gemeint sind wir mit den Verschärfungen alle.

Dass die Quellen-TKÜ, also der vollständige Zugriff auf technische Geräte, nicht im geplanten Polizeigesetz vorgesehen ist, wird

von der SPD als „Erfolg“ verkauft. Auch bundesweit knicken CDU Koalitionspartnerinnen vor dem Sturm auf Grundrechte reihenweise ein. Ohne, dass das Problem CDU beim Namen genannt wird.

Soziale Konflikte werden als Sicherheitsprobleme und autoritär behandelt

Die Polizei wird im Tagesgeschehen immer mehr zur politischen Akteurin. Das ist eine allgemeine Entwicklung, nicht sachsenspezifisch. Nebst „kritischer Versammlungslagen“ wird sie unkritisch in immer mehr Gremien einbezogen. Wer stellt sich dabei die Frage, was das mit der Sicherung des Gewaltmonopols zu tun hat? Das Argument „Prävention ist besser als Repression“ mag plausibel erscheinen, jedoch werden soziale Konflikte vermehrt als Kriminali-

tät behandelt. Beispielsweise ist die Polizei seit 2002 Mitglied im Drogenbeirat Sachsen. Dass die CDU über die Polizei in einen sozialen Konflikt eingreift, ist an dieser Stelle evident.

Die Gewaltenteilung und Grundrechte wurden nicht nur zu den G20-Protesten aufgehoben. Mit der „unabhängigen Beschwerdestelle“ der sächsischen Polizei, angesiedelt beim CDU geführten Innenministerium, wird angesichts der anonym uniformierten Schlägertruppen Rechtsstaatlichkeit simuliert.

Ein amtierender CDU-Polizeipräsident, der während einer Diskussionsveranstaltung die „Kennzeichnungspflicht für Demonstrantinnen“ forderte, soll sie nun bekommen - mittels erweiter-

ter Überwachungsbefugnisse. Das Konstrukt der parteinahen Polizei, satirisch wie der Hutbürger, wird schon jetzt mittels § 114 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) zur bitteren Realität, wenn dem CDU-Polizeibeamten in der Gastwirtschaft nicht der Weg frei gemacht wird.

In Kombination mit einer potentiellen AfD-Koalition könnten wir genügend Gelegenheit bekommen über all das zu diskutieren – im Gefängnis.

Wir unterstützen alle Bemühungen unsere Freiheitsrechte zu sichern. Vor und nach der Landtagswahl, ebenso wie vor und hinter den Gittern. Web: leipzig.ggbo.de

DAS NEUE POLIZEIGESETZ STRESST

Verschärfung aller Zustände von Out of Action

Wir sind von der sächsischen Polizei gewohnt, dass sie martialisch auftreten, am Rande von Nazidemos ihre Kamerad*innen mit Handshake begrüßen und die Nazis schließlich weitestgehend gewähren lassen, wenn sie People of Colour und Linke jagen. Dieser große braune Haufen soll nun also um das neue Polizeigesetz in Sachsen erweitert werden.

Die krasse Ausweitung von Überwachung, die angekündigte neue Bewaffnung der Polizei und all die anderen Verschärfungen machen es schwer, nicht zu verzweifeln.

Das Polizeigesetz dient unter anderem dazu, der Polizei mehr Handlungsmöglichkeiten zu geben Straftaten vorzubeugen. Das heißt, es ermöglicht mehr Überwachung und erlaubt der Polizei präventiv (also ohne eine konkrete Ermittlung oder Straftat) einzugreifen und evtl. auch Menschen festzusetzen. Insgesamt wird also der Repressionsapparat des Staats bzw. der Polizeibehörden ausgebaut.

Ein ganz zentrales Ziel von Repression ist es Druck auszuüben und Betroffene (und deren Umfeld) in einem Gefühl der Hilflosigkeit, Verzweiflung bzw. Zweifeln versinken zu lassen. Da raus zu kommen ist nicht leicht.

Es kann helfen, sich bewusst zu machen, dass dieses Gefühl der Ohnmacht und der Handlungsunfähigkeit nicht an uns liegt. Die Einschüchterungen durch prügeln Cops auf Demos oder jetzt im Kontext des neuen Polizeigesetzes und seiner großen Drohkulisse, zielen darauf ab, dass wir uns schwach und handlungsunfähig fühlen.

Wenn wir das nicht als unsere eigene Schwäche begreifen, fällt es uns leichter mit Freund*innen darüber zu sprechen, Erfahrungen auszutauschen und uns gemeinsam wieder aufzuhelfen.

Wirkung von Repression

Doch das Gesetz soll uns nicht nur einschüchtern, sondern tatsächlich auch unsere praktisch-

politische Tätigkeit erschweren, und damit ein immer totalitäreres System festigen. Durch massive Videoüberwachung des öffentlichen Lebens, die Einführung der „Gefährder*innen“ und die militärische Aufrüstung der Polizei wird die Macht der Polizei ausgebaut, was insbesondere den Menschen Schwierigkeiten bereiten wird, die keine Freund*innen der Polizei sind, aber eigentlich alle - und damit meinen wir wirklich alle - betrifft.

Und zu allem Übel werden Sondereinheiten der Cops auch noch militarisiert, also mit Maschinengewehren, Elektroschockern, Gummigeschossen ausgestattet.

Das Polizeigesetz, das wir als einen weiteren Schritt in Richtung eines totalitären Systems begreifen, zielt dabei nicht nur auf eine emanzipatorische, linke Bewegung. Der Aufschwung rechter Ideologien insbesondere in Sachsen ist vor allem auch rassistisch, antisemitisch, antifeministisch, ... und das

kann man auch innerhalb der Reihen insbesondere sächsischer Polizist*innen beobachten. Das Polizeigesetz gibt den Cops mehr und willkürlicheren Handlungsspielraum und zielt dabei nicht nur auf eine linke Bewegung. Es wird besonders auch das Leben Geflüchteter, People of Colour, Muslime, oder auch Obdachloser erschweren. Nach der Verschärfung des bayerischen Polizeigesetzes sind dort in der Mehrzahl Geflüchtete den vermehrten Repressionen ausgesetzt.

Besonders die Diskussion um Gefährder*innen zielt auf Geflüchtete und Muslime ab. Wer sich in einer Asylbewerber*innenunterkunft gegen die Abschiebung einer Mitbewohner*in stellt und einem Cop im Weg ist, kann wegen einer „Widerstandshandlung“ schnell zum*r Gefährder*in werden. Und wer sich mit einem*r Gefährder*in an den gleichen Orten aufhält kann damit rechnen, dass das Handy abgehört wird. Wer genau Gefährder*innen sein sollen, ist nicht klar definiert. Es lässt sich also nur mutmaßen, dass

alle Personen, die in irgendeiner Weise von den Behörden als Gefahr eingestuft werden, künftig einer Sonderbehandlung der Polizei unterzogen werden.

Doch wer ist die Gefahr? Das können wohl auch Menschen sein, die auf unterschiedliche Weise für eine emanzipatorische Gesellschaft kämpfen. Ein besonders beunruhigendes Beispiel für die Willkür der Entscheidung darüber, wer gefährlich ist, sind die Äußerungen des Ex-VS-Chefs Maaßen, der sich einer linken Verschwörung gegenüber wähnte und dafür letztendlich berentet wurde. Die Verschränkungen von Polizei und rechten Strukturen werden in einem anderen Beitrag in diesem Heft beleuchtet. Und auch die kommenden sächsischen Landtagswahlen und der Höhenflug der AfD bereiten uns in diesem Zusammenhang Kopfschmerzen. Auch die Verwendung fehleranfälliger Algorithmen zur Einstufung von Menschen als „Gefährder*innen“ ist extrem problematisch. Wir bewegen uns hier in Richtung eines totalitären Systems und davon sind wir alle betroffen.

Hand in Hand gegen sächsische Verhältnisse

Da wäre es doch naheliegend, dass wir uns mit anderen Betroffenen organisieren. Vermutlich hatten schon viel mehr Menschen in unserem Umfeld Erfahrungen mit totalitären Systemen, als wir im ersten Moment denken würden. Was waren die Taktiken, von der Freundin, die linke Oppositionelle in der DDR war? Wie hat sich der Onkel im Syrien Assads durchgeschlagen? Wo sind Parallelen zu der uns drohenden Situation und wie können wir uns dem widersetzen?

Schließt euch mit euren Freund*innen zusammen und lasst die Repression ins Leere laufen! Lasst uns gemeinsam das Polizeigesetz verhindern und uns solidarisch der Repression entgegenstellen!

Out of Action ist eine Gruppe von Aktivist_innen, die über die psychischen Folgen von Repression und Gewalt im Kontext von linkem politischen Widerstand informiert. Wir bieten emotionale erste Hilfe für betroffene Einzelpersonen und Gruppen an und unterstützen einen solidarischen Umgang miteinander auch durch Informationsveranstaltungen. Web: outofaction.blackblogs.org

AKTIV GEGEN DAS NEUE POLIZEIGESETZ

BÜNDNIS POLIZEIGESETZ STOPPEN!
WWW.POLIZEIGESETZ-STOPPEN.DE

KEIN POLIZEIGESETZ!
WWW.KEINPOLIZEIGESETZ.NOBLOGS.ORG

KEIN POLIZEISTAAT



**KEIN
POLIZEIGESETZ**

Infos unter keinpolizeigesetz.noblogs.org